



Newsletter

der Österreichischen Gesellschaft
für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

04/09

Juli
2009

Editorial

Sehr geehrtes Mitglied,

in den vergangenen zwei Monaten (Mai, Juni 2009) hat die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen ihr Veranstaltungsprogramm erfolgreich fortgesetzt.

Der Leiter der Politischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Botschafter Dr. Stefan Lehne, der auch langjähriger Mitarbeiter des Hohen Vertreters der Europäischen Union, Javier Solana, war, sprach am 25. Mai im Parlament vor rund 200 Mitgliedern und Gästen über Herausforderungen und Zukunft der europäischen Außenpolitik. In seinem Vortrag ging Lehne auf die Elemente einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein, verwies auf die zunehmende Rolle der EU als „operativer player“ in außereuropäischen Einsätzen, die europäische Nachbarschaftspolitik und die Folgen der EU-Erweiterung und analysierte die Zukunftsperspektiven der Europäischen Union.

Am 4. Juni sprach die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner vor mehr als 200 Mitgliedern und Gästen in der neuen Schönbrunner "Tiergarten ORANG.erie" über „Europa von Innen“. Sie hob die erfolgreiche Partnerschaft Österreichs und der EU in einer immer enger vernetzten Welt sowie die wachsende Rolle der Union als globaler Akteur hervor. Gerade die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise zeige, wie unverzichtbar die Solidaritätsgemeinschaft der Europäischen Union heute sei, sagte die Kommissarin. Eingeleitet wurde ihr Vortrag mit einem einführenden Statement der Nationalratsabgeordneten und Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten a.D. Dr. Ursula Plassnik. Vor dem Vortrag gab die Direktorin des Tiergartens Schönbrunn, Dr. Dagmar Schratter, einen kurzen Einblick in die Restaurierungsarbeiten zur Wiederherstellung der ORANG.erie.

Beide Vortragsveranstaltungen wurden vom Präsidenten der ÖGAVN, Altbundeskanzler NRAbg. Dr. Wolfgang Schüssel eröffnet und moderiert. (Siehe auch: *Rückblick, Seite 2/3*)

Auch die Reihe der Kooperationsveranstaltungen mit der Diplomatischen Akademie und anderen Organisationen wurde fortgesetzt. Besonders hervorgehoben sei hier der in Zusammenarbeit mit dem Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog durchgeführte Vortrag des Staatspräsidenten von Mali, Amadou Toumani Toure, der über „Konfliktmanagement in Afrika und die Erfahrungen Malis“ sprach.

Das Akademische Forum für Außenpolitik (AFA) konzentrierte seine Arbeit im Mai und Juni auf die Abhaltung eines Afrika-Workshops an der Landesverteidigungsakademie in Wien, an dem auch BM a.D. Dr. Ursula Plassnik teilnahm. Weitere Veranstaltungshighlights waren ein Europa-Vortrag mit dem Vertreter der Europäischen Kommission, Mag. Richard Kühnel, an der Universität Graz; eine Diskussion zum Thema Energiesicherheit in Innsbruck, sowie eine Veranstaltung zur Finanzkrise an der Wiener Börse. Planmäßig laufen auch Vorbereitungsarbeiten für die jährliche Vienna International Model United Nations (VIMUN) im August.

Als letzte Veranstaltung vor der Sommerpause sprach Finanz-Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka im kleineren Rahmen eines Jour-fixe Mittagessens für ÖGAVN-Mitglieder am 29. Juni über „Central and Eastern Europe: Mehr Chance als Risiko für Österreich?“.

Wir würden uns freuen, Sie nach der Sommerpause wieder bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu können.

Dr. Axel Wüstenhagen
Newsletter-Redakteur

Michael F. Pfeifer
Generalsekretär

Aktivitäten während der Sommerpause

17. – 19. Juli 2009

Europa-Forum Neumarkt 2009: „Die Europäische Union in der Entwicklung – Warum kommt die EU in den Medien so schlecht weg?“

(Programmwurf siehe <http://www.afa.at/una.austria/v20090717.pdf>)

Information und Anmeldung: E-Mail: austria@afa.at

Veranstalter: Europäische Föderalistische Bewegung (EFB)
 Bund Europäischer Jugend/Junge Europäische Föderalisten (BEJ/JEF)
 Karl Bunner Europahaus Neumarkt
 ÖGAVN, AFA sowie mehrere Organisationen und Unternehmen

2. – 6. August 2009

Vienna International Model United Nations (VIMUN) UNO-Simulationskonferenz für Studierende aus aller Welt

(Programmwurf siehe <http://www.vimun.org>)

Die Konferenz 2009 steht im Zeichen von drei Jahresschwerpunkten:

- Österreich zum dritten Mal im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
- 15 Jahre VIMUN
- 30 Jahre Internationales Zentrum Wien

Ort der Veranstaltung: Internationales Zentrum Wien (1220 Wien, Wagramer Straße 5)

10. – 12. August 2009

39. Plenarkonferenz des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA)

Der Dachverband der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA), dem zur Zeit 105 nationale Vereinigungen (UNAs) angehören, hält alle drei Jahre eine weltweite Plenarkonferenz ab. Die UNA-Austria zählt seit 1946 zu den Gründungsmitgliedern des Weltverbandes. *(Siehe auch Seite 8.)*

Ort der Veranstaltung: Seoul, Republik Korea

Rückschau auf Veranstaltungen (Mai - Juni 2009)

Herausforderungen der europäischen Außenpolitik

Über „Herausforderungen und Zukunft der europäischen Außenpolitik“ sprach der Leiter der Politischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Botschafter Dr. Stefan Lehne am 25. Mai im Budgetsaal des Parlaments. In einem breit angelegten Referat untersuchte Lehne die Frage: Wo steht die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik heute? und analysierte die Rolle der multilateralen Zusammenarbeit sowie des Netzwerkes von Dialogen und Expertentreffen. Entgegen landläufiger Meinungen habe die europäische Außenpolitik auch „Zähne“, sagte Lehne und verwies auf EU-Sanktionen und Waffenexportverbote, sowie auf das diplomatische Krisenmanagement der EU.

Weitere Aspekte seines Vortrages betrafen die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2003 habe es 22 zivile und militärische Operationen der EU etwa in Afrika, am Balkan, im Nahen Osten oder in Afghanistan gegeben. Diese Einsätze verliehen der EU größere Sichtbarkeit als operativer „player“. Auch die Rolle der europäischen Nachbarschaftspolitik und die Folgen der Erweiterung der EU wurden dargestellt.

Botschafter Lehne befasste sich eingehend mit der von verschiedenen Seiten an der EU geübten Kritik und hob die Besonderheiten der Union hervor. Für deren besseres Verständnis müsse man die Fragen klären, ob es eine gemeinsame Außenpolitik oder 27 parallele Außenpolitiken der Mitgliedstaaten geben soll; was das Konsensprinzip als bestimmendes Element der politischen Entscheidungsfindung bedeutet; welche Auswirkungen die Heterogenität der 27 Mitgliedstaaten sowie ihr unterschiedliches Gewicht in den politischen Entscheidungsprozessen haben; und welche Rolle die Fragmentierung des außenpolitischen Bewusstseins in der europäischen Öffentlichkeit und das Verständnis für eine europäische Verantwortung spielen.

Für die Zukunftsperspektiven der Europäischen Union seien drei Elemente maßgeblich, sagte Botschafter Lehne abschließend: Die Gestaltung der vertraglichen Grundlage (Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon) mit der Abschaffung der rotierenden Ratspräsidentschaft, der Aufwertung eines ständigen Außenministers und dem Aufbau eines europäischen auswärtigen Dienstes; die Dynamik des weiteren Integrationsprozesses; sowie die sich stets neu stellenden externen Herausforderungen.

Österreich und EU: Erfolgreiche Partner in einer komplexen Welt

"Europa von Innen", war am 4. Juni Thema eines Vortrags der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner. Österreich habe seit seinem EU-Beitritt 1995 immer wieder besondere Akzente in der europäischen Politik gesetzt und sei ein gleichberechtigter Partner in der Europäischen Union, stellte Ferrero-Waldner gleich zu Beginn klar. Mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise sei es heute offensichtlicher denn je, wie unverzichtbar das vereinte Europa ist. Ohne die Solidaritätsgemeinschaft wären die Auswirkungen der Krise noch viel schlimmer. Europa sei für viele andere Länder und regionale Gruppierungen ein Vorbild – intern würden die Errungenschaften der Union leider oft als zu selbstverständlich angesehen.

Entscheidend sei, dass die Union „Sicherheit im weitesten Sinn“ schaffe, erklärte Ferrero-Waldner und verwies darauf, dass die Europäische Union schrittweise zum globalen Akteur heranreife. Die Herausforderungen unserer Zeit - Finanzkrise, Energieknappheit, Klimawandel, Terrorismus, scheiternde Staaten, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, neue Piraterie und demographische Trends - bedürften einer "smarten" europäischen Außenpolitik, die „den richtigen ‚Mix‘ aus soft und hard power hat, die humanitäre Hilfe, Demokratisierung, Wirtschaftshilfe, Sicherheitsmissionen und andere Instrumente verbindet; eine Außenpolitik, die sich aktiv aufstellt, anstatt Zugbrücken einer Festung Europa hochzuziehen", betonte die Kommissarin.

Beispiele wie die Union für das Mittelmeer oder die Anfang Mai in Prag aus der Taufe gehobene Ostpartnerschaft seien neue Formen einer modernen Sicherheitspolitik. Gerade die Vertiefung unserer Beziehungen zu strategischen Partnern erlaube es, die Interessen der EuropäerInnen "hart aber herzlich" zu vertreten, sagte Ferrero-Waldner, die auch auf die aufsteigende Rolle Chinas, die Zusammenarbeit mit Russland, die "klaren Signale" der neuen US-Regierung für den Friedensprozess im Nahen Osten und die Lage in Afghanistan und Pakistan einging. Zur Stärkung der EU auf der Weltbühne bleibe allerdings noch viel zu tun. Der Vertrag von Lissabon werde einige Verbesserungen bringen. Allerdings sei die institutionelle Reform der EU alleine nicht ausreichend. Entscheidend sei letztlich der politische Wille Europas, den die Mitgliedstaaten gemeinsam aufbringen müssten.

Österreich und die Vereinten Nationen

Außenminister Spindelegger warnt vor Stillstand im Nahen Osten

"Der Nahe Osten steht an einer grundlegenden Wegscheide zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses. Es ist daher wichtig, dass der UNO-Sicherheitsrat schon jetzt den Rahmen absteckt und deutliche Signale setzt", erklärte Außenminister Michael Spindelegger am Rande einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates auf Ministerebene zum Nahen Osten am 11. Mai. Seit der letzten Ministersitzung des Rates zu diesem Thema vor vier Monaten habe es kaum Bewegung gegeben. Ein Stillstand im Nahen Osten würde aber nur den Extremisten in die Hände spielen. Eine fragile Waffenruhe könne nicht genug sein. „Wir wollen und brauchen einen Neustart im Friedensprozess. Der UNO-Sicherheitsrat fordert dazu von allen Seiten ihr unzweideutiges Bekenntnis und volles Engagement ein", betonte der Minister. (BMeiA, 11. Mai 2009)

Verstärkter Druck auf Nordkorea nach Atomwaffentest

"Nordkorea hat in den vergangenen zwei Monaten mehrfach massiv gegen internationale Vereinbarungen verstoßen, zuletzt durch seinen Atomwaffentest vom 25. Mai. Der UNO-Sicherheitsrat hat als Antwort darauf einstimmig eine Resolution beschlossen, die eines klar stellt: Die internationale Staatengemeinschaft akzeptiert nicht, dass Nordkorea sein Atomwaffenprogramm weiter entwickelt. Auch Nordkorea muss sich an internationale Regeln halten", betonte Außenminister Michael Spindelegger nach der Sitzung des UNO-Sicherheitsrates am 12. Juni in New York, bei der eine Verschärfung der UNO-Sanktionen gegen Nordkorea einstimmig beschlossen wurde. (BMeiA, 12. Juni 2009)

Kontrollsystem für Atomteststop muss noch effektiver werden

Nach dem jüngsten Atomtest Nordkoreas habe die Organisation zum Atomteststopvertrag (CTBTO) erneut ihre Verlässlichkeit und Unverzichtbarkeit unter Beweis gestellt. Durch ihr ausgezeichnetes weltweites Überprüfungssystem hätten die rund 180 Unterzeichnerstaaten in kürzester Zeit aussagekräftige objektive Informationen über den Vorfall zur Verfügung gehabt. Der Atomtestsperrvertrag stehe an vorderster Front im Einsatz gegen Atomwaffen. Es sei daher unerlässlich, dass der CTBTO die neuesten wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 10. Juni bei der Eröffnung der "Scientific Studies Conference" der CTBTO in der Wiener Hofburg. Mit der Konferenz, an der rund 400 Wissenschaftler und Experten aus etwa 50 Ländern teilnahmen, werde ein konkreter Beitrag dazu geleistet, das globale Kontrollsystem der CTBTO noch effektiver zu machen, sagte der Minister. Der Atomteststopvertrag sei ein tragender Pfeiler der internationalen Sicherheitsarchitektur. 13 Jahre nach seiner Verabschiedung durch die UNO-Generalversammlung, müsse der Vertrag endlich in Kraft treten. *(BMeiA, 10. Juni 2009)*

Historischer Durchbruch bei der Genfer Abrüstungskonferenz

Als historischen Durchbruch bezeichnete Außenminister Michael Spindelegger am 29. Mai die Annahme eines Arbeitsprogramms in der Genfer Abrüstungskonferenz, die nach 12jährigem Stillstand wieder ihre substantielle Arbeit aufnehmen wird. Er sei stolz darauf, dass dieser Erfolg im Jahr des österreichischen Ko-Vorsitzes in der Abrüstungskonferenz erreicht werden konnte, sagte der Außenminister. Damit sei man einem Vertrag über ein Verbot von spaltbarem Material für Atomwaffen einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Mit dem Regierungswechsel in den USA haben sich neue Perspektiven im Abrüstungsbereich ergeben. Gemeinsam mit seinen Ko-Vorsitzenden sei es Österreich gelungen, die neue Dynamik zu nutzen und den lange ausstehenden Konsens herbeizuführen. Zu den 65 Mitgliedern der Abrüstungskonferenz zählen unter anderem die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder sowie andere relevante Staaten wie Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea. Staaten wie Österreich und Schweden nehmen in der Konferenz traditionell eine Vermittlerrolle ein. *(BMeiA, 29. Mai 2009)*

Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten stärker schützen

"Die internationale Staatengemeinschaft und jeder einzelne Staat müssen ihren Verpflichtungen nachkommen, um in bewaffneten Konflikten die Zivilbevölkerung vor Massenverbrechen zu schützen. Der UNO-Sicherheitsrat hat hier eine besonders wichtige Funktion. Er muss rechtzeitig und entschlossen handeln, um das Leben von Zivilisten zu schützen", erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 16. Juni vor dem 39. Seminar des International Peace Institute mit Diplomaten und Militärexperten aus dem In- und Ausland.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung stand die Rolle des UNO-Sicherheitsrates und das Konzept der Responsibility to Protect (RtoP). Die Souveränität eines Staates umfasst auch die Verantwortung für den Schutz seiner Bevölkerung vor Völkermord, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Falle eines Versagens der staatlichen Schutzverantwortung sei die Staatengemeinschaft als Kollektiv aufgefordert, Maßnahmen zur Verhinderung oder Beendigung von Übergriffen zu ergreifen, betonte Spindelegger. *(BMeiA, 16. Juni 2009)*

Multilaterales

60 Jahre Europarat

Der Erfolg und die Bedeutung des Europarates seien evident: Aus den zehn Gründungsmitgliedern seien 47 Mitgliedstaaten geworden, die sich zu höchsten internationalen Standards für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet haben und deren Einhaltung laufend überwachen, erklärte Außenminister Michael Spindelegger anlässlich des 60. Gründungstages des Europarates am 5. Mai. Österreich habe seit seinem Beitritt im Jahr 1956 viele konkrete Impulse bei der Arbeit des Europarates gesetzt. Mit dem ersten Gipfeltreffen des Europarates in Wien sei ein wesentlicher Anstoß zur Anpassung der Organisation an die neuen Herausforderungen gegeben worden, sagte der Minister und erinnerte daran, dass Österreich die Entwicklung des Europarats auch durch Landsleute in führenden Positionen mitgestalten konnte. (Österreich stellte drei Generalsekretäre des Europarates, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen.) *(BMeiA, 5. Mai 2009)*

Neue Impulse für europäischen Sicherheitsdialog

Zur Eröffnung einer Expertenkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 8. Mai, die auf Initiative des österreichischen Außenministers stattfand, wies dieser darauf hin, dass ungelöste Regionalkonflikte, wie jene im südlichen Kaukasus, und Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität die Dringlichkeit einer umfassenden Behandlung offener Sicherheitsfragen in unserer Nachbarschaft bewiesen. Eine offene und direkte Debatte über Sicherheitsherausforderungen der Zukunft sei dafür notwendig und die OSZE dafür der geeignete Rahmen., sagte der Minister.

Zum Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedew für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur meinte Minister Spindelegger, dass dafür keine neuen Verträge und Strukturen erforderlich seien; man müsse nur die existierenden Mechanismen der OSZE wirksam nutzen und einsetzen. Als Sitz von OSZE und UNO sei Wien eine Drehscheibe für sicherheitspolitische Fragen und als Ort des Dialogs international anerkannt. Diese Stellung gelte es auszubauen, betonte der Minister. *(BMeiA, 8. Mai 2009)*

Regionale Partnerschaft - ein verlässlicher Anwalt der Interessen des Westbalkan in der EU

In einem anspruchsvollen europäischen Jahr mit einer schwierigen Wirtschaftskrise, der Vorbereitung auf den Vertrag von Lissabon und einer dichten außenpolitischen Agenda sei ein tragfähiges Instrument wie die Regionale Partnerschaft zum Informationsaustausch und zur Abstimmung gemeinsamer Interessen im EU-Rahmen besonders nützlich. Die konkrete und effektive Zusammenarbeit bringe für alle Teilnehmer einen greifbaren Mehrwert. Gerade kleinere und mittlere Länder, wie jene der Regionalen Partnerschaft, sind auf eine verstärkte Nachbarschaftsarbeit angewiesen, um ihrer Stimme in der EU mehr Gehör zu verschaffen, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 20. Mai bei einem Treffen der Regionalen Partnerschaft in Laibach, an dem unter anderem die Außenminister Ungarns, der Slowakei und Sloweniens teilnahmen. *(BMeiA, 20. Mai 2009)*

Neues Mitteleuropa: Klare Antwort auf Nationalismus

"Das Jahr 1989 war der Triumph der Freiheit und des Unerwarteten, der Europa für uns alle grundlegend verändert hat", erklärte Außenminister Michael Spindelegger bei der Eröffnung des vom Außenministerium veranstalteten Europakongresses "Geteilt - Geeint. 1989-2009 - Aufbruch in ein neues Europa" am 28. Mai in der Wiener Hofburg. Mitteleuropa lebe heute nicht nur als Gedanke, sondern sei auch eine klare Antwort auf die Stimmen des Nationalismus und des Chauvinismus, die gerade in letzter Zeit wieder vermehrt zu hören sind, fuhr der Außenminister fort. Die Regionale Partnerschaft mit Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn sei heute ein bewährtes Netzwerk und ein Erfolgsbeispiel für regionale Zusammenarbeit in Europa. Die Zusammenarbeit Österreichs mit seinen Nachbarn eröffne neue Perspektiven für die Zukunft und könne dazu beitragen, neue Räume - etwa in der Schwarzmeerregion - zu erschließen, betonte der Minister. *(BMeiA, 28. Mai 2009)*

Bilaterales

Strategische Neuorientierung im österreichischen Vertretungsnetz

Um das Niveau unserer internationalen Beiträge und die Qualität unserer Arbeit halten zu können, seien Sparmaßnahmen erforderlich, die notwendigerweise auch eine Strukturanpassung im österreichischen Vertretungsnetz im Ausland beinhalten, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am 6. Mai. Der Außenminister hat einen Restrukturierungs-Plan für die kommenden zwei Jahre beschlossen, dem eine eingehende Evaluierung durch sein Ministerium vorausgegangen war. Grundlage dafür waren objektive Kriterien, wie etwa die Intensität des politischen Besuchs-austausches, die Höhe des Handelsvolumens und der österreichischen Direktinvestitionen, die Anzahl der Visaanträge und der konsularischen Serviceleistungen für Auslandsösterreicher und Touristen, das Volumen der Auslandskultur und Entwicklungszusammenarbeit, die Intensität der völkerrechtlichen Vertragsbeziehungen und die Anzahl der mitbetreuten Länder.

Danach wird 2009 die Schließung der Österreichischen Botschaft in Maskat und des Generalkonsulats in Rio de Janeiro eingeleitet. Zugleich sollen die Botschaft in Abu Dhabi und das Honorarkonsulat in Sao Paolo personell verstärkt werden. 2010 wird das Generalkonsulat in Hamburg nach Frankfurt verlagert und – nach der Fußball-Weltmeisterschaft – das Generalkonsulat in Kapstadt geschlossen. Im Gegenzug soll die Österreichische Botschaft in Pretoria personell verstärkt werden. Schon 2009 soll die Eröffnung einer neuen Botschaft in Baku/Aserbaidschan in die Wege geleitet werden, um die Präsenz in der politisch, energiepolitisch und wirtschaftlich wichtigen Schwarzmeerregion zu verstärken. *(BMeiA, 6. Mai 2009)*

Russland gibt österreichische Archivalien zurück

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am 24. Juni seinem österreichischen Amtskollegen Michael Spindelegger Archivalien, die bisher Russland verwahrt hatte, zurückgegeben. Spindelegger bezeichnete die Rückgabe an das Österreichische Staatsarchiv als "Zeichen des Vertrauens und gegenseitigen Respekts". Zum ersten Mal sei ein Großteil der im Zweiten Weltkrieg mitgenommenen Archivalien an Österreich zurückerstattet worden. Lawrow nannte die Übergabe ein "wichtiges Ereignis", das zeige, dass die Beziehungen zwischen Österreich und Russland so gut seien, dass auch schwierige Probleme gelöst werden können. Der Rückgabe der Archivalien war ein längerer Prozess vorausgegangen. Seit 2007 verhandelten Österreich und Russland über eine Restitution. (APA, 24.6.2009)

Festakt 20 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs

„Vor 20 Jahren hat hier an dieser Grenze für Österreich, für Ungarn und für ganz Europa eine neue Ära der Freiheit begonnen. Mit dem gemeinsam Durchschneiden des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze haben die damaligen Außenminister Alois Mock und Gyula Horn einen für uns alle unvergesslichen Anstoß für den Aufbruch in ein neues Europa gegeben“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger bei einer Gedenkveranstaltung zum Fall des Eisernen Vorhangs am 26. Juni in St. Margarethen und Fertőrákos. An den Feierlichkeiten nahmen auch Bundespräsident Heinz Fischer und der ungarische Staatspräsident László Sólyom, sowie der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl teil. (BMeiA, 26. Juni 2009)

Internationale Tagungen und Konferenzen

Wiener Energiekonferenz für Übergang zu "grünen" Industrien

Die Sicherung nachhaltiger Politiken und Investitionen, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen "grünen Wirtschaft" und einer "grünen Industrie" ermöglichen sollen, stand im Mittelpunkt einer dreitägigen internationalen Energiekonferenz, die am 22. Juni in Wien eröffnet wurde. Organisiert wurde das Treffen von der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), der österreichischen Bundesregierung, dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) und dem Globalen Forum für nachhaltige Energie. An der Tagung nahmen mehr als 500 Regierungsvertreter, Energie- und Wirtschaftsexperten, sowie Vertreter der Zivilgesellschaft aus allen Teilen der Welt teil.

Die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise müsse genutzt werden, um eine grüne Energierevolution in Gang zu setzen, erklärte UNIDO-Generaldirektor Kandeh K. Yumkella. Die Förderung staatlicher wie internationaler Maßnahmen zur Unterstützung grüner Investitionen sollte eine wichtige Priorität bei der Annahme eines Klimadeals in Kopenhagen sein.

Der Vorsitzende des Zwischenstaatlichen Rates für Klimawandel und Friedensnobelpreisträger 2007, Rajendra Pachauri (Indien) sagte, die Energiefrage sollte ein Millenniums-Entwicklungsziel werden. Ausreichend Energie für die Armen der Welt zur Verfügung zu stellen, müsse als vordringliche Aufgabe angesehen werden, ohne die man die Armut in der Welt nicht werde beseitigen können, betonte Pachauri.

IIASA-Direktor Detlof von Winterfeldt präsentierte die wichtigsten Ergebnisse der Globalen Energiebewertung (GEA), die sich mit dem Zugang zur Energie, Klimawandel, sowie mit Sicherheits- und Investitionsfragen befasst. Umfang, Geschwindigkeit und Auswirkungen des Klimawandels seien größer als noch vor wenigen Jahren vorausgesehen, erklärte von Winterfeldt. Es sei untragbar, dass 2,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu moderner Energieversorgung haben. Umweltminister Nikolaus Berlakovich sah im Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger „enorme Wachstumschancen“ für die globale Wirtschaft und eine wirksame Antwort auf die Herausforderungen im Klimaschutz. Es sei notwendig, die Bedeutung der erneuerbaren Energie international stärker zu verankern.

Außenminister Michael Spindelegger verwies darauf, dass Wien zu einem dynamischen Umschlagplatz internationaler Bemühungen zur Förderung von Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Energie geworden sei. Österreichische Wissenschaftler sowie technologische Einrichtungen und Unternehmen würden einen Spitzenplatz bei der Entwicklung erneuerbarer Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz einnehmen, betonte Spindelegger. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit habe seit vielen Jahren Projekte für erneuerbare Energie in Entwicklungsländern unterstützt.

Die Teilnehmer der Konferenz befassten sich auch mit der Rolle der künftigen Internationalen Agentur für Erneuerbare Energie (IRENA), die Industrie- und Entwicklungsländer bei der Senkung ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch eine rasche weltweite Förderung erneuerbarer Energieformen beraten soll. Wien bewirbt sich um den Amtssitz dieser neuen Organisation.

Internationales Expertensymposium zur Zukunft Afghanistans in Wien

Am 24. Juni fand in Wien ein von Außenministerium, RAND Corporation und dem Royal Danish Defence College gemeinsam organisiertes internationales Expertentreffen zur zukünftigen Entwicklung Afghanistans statt. Teilnehmer aus Afghanistan und den benachbarten Ländern Pakistan, Iran, Russland, Indien, China sowie Vertreter aus Europa und den USA diskutierten zum Thema "Nation Building and the Futures of Afghanistan: An Examination of Alternative Outcomes and Policies from a Regional and International Perspective", mit dem Ziel, Szenarien und Lösungsvorschlägen für die Zukunft Afghanistans zu erarbeiten.

Ausgangspunkt für das Symposium war die neue Afghanistanstrategie der internationalen Gemeinschaft, die auf einem regionalen und multilateralen Ansatz, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans basiert. "Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kann nur dann Früchte tragen, wenn sie von den Entscheidungsträgern und der Bevölkerung Afghanistans mitgetragen wird", erklärte Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Konferenz. Österreich hat die internationalen Bemühungen für den Wiederaufbau, insbesondere in den Bereichen Drogenbekämpfung, Entminung und Stärkung der Rechte von Frauen, seit 2002 mit 9 Millionen Euro unterstützt.

UN Wirtschafts- und Finanzgipfel verabschiedet Konsensdokument

Generalversammlungspräsident Miguel d'Escoto Brockmann bezeichnete ihn als ersten Schritt auf einem neuen Weg zu Solidarität, Stabilität und Nachhaltigkeit; Globalisierungskritiker zeigten sich von dem 15-seitigen Maßnahmenkatalog schwer enttäuscht; und viele westliche Industriestaaten waren der UNO-Konferenz von Anfang an ferngeblieben oder schickten nur Vertreter auf Beamtenebene. Schon im Vorfeld des ersten Finanzgipfels der Vereinten Nationen hatten sich größere Konflikte angedeutet, die eine kurzfristige Verschiebung des Gipfels um drei Wochen nötig machten, um überhaupt ein Konsenspapier zustande zu bringen. Vom 24. – 29. Juni tagte der Gipfel dann in New York, um die Folgen der „schlimmsten Weltwirtschaftskrise seit der Gründung der Vereinten Nationen“ (UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon) und die erforderlichen Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf diese Krise zu erörtern.

In dem Dokument sagen die Staaten zu, ihre kurzfristigen Maßnahmen gegen die unmittelbaren Auswirkungen der Krise mit mittel- und langfristigen Reaktionen zu verbinden, die für die Entwicklung und die Überprüfung des globalen Wirtschaftssystems erforderlich sind. Sie schlugen dazu die Stärkung der Vereinten Nationen und eine Verbesserung der Effizienz ihres Entwicklungssystems vor. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll die Umsetzung der Empfehlungen des Aktionsplans koordinieren und ein Expertengremium für die Krise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung einzusetzen.

Die Entwicklungsländer hätten die Krise nicht verursacht, aber sie würden durch die zunehmende Zahl armer Menschen, die unter Hunger, Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten litten, durch steigende Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung ihrer Bildungs- und Gesundheitsvorsorge besonders stark von der Krise betroffen. Die kollektive Reaktion der Staatengemeinschaft auf die Krise müsse daher vor allem auf die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer Rücksicht nehmen. Angeregt wurde auch die dringende weitere Reform der Bretton Woods-Institutionen durch eine faire und angemessene Vertretung der Entwicklungsländer, um die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen zu erhöhen.

Während mehrere Vertreter von Industriestaaten die Erwartungen der Entwicklungsländer als unrealistisch kritisierten, warfen Globalisierungsgegner, wie das Netzwerk Attac, den Industriestaaten vor, „gerechte Regeln“ für die Weltwirtschaft zu blockieren. So seien etwa die Vorschläge einer Expertenkommission unter dem Vorsitz von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der u.a. die Schaffung einer neuen internationalen Reservewährung anstelle des US-Dollars angeregt hatte, verworfen worden. Westliche Delegierte bezeichneten den Vorschlag als akademischen Diskussionsbeitrag, der jedoch den wirtschaftlichen Realitäten und der nach wie vor starken Rolle des US-Dollars auf vielen Gebieten nicht Rechnung trage. Das Dokument soll nun von der UNO-Generalversammlung im Herbst weiter behandelt werden.

An dem Krisengipfel beteiligten sich nur 30 Staats- und Regierungschef, die alle aus Entwicklungs- und Schwellenländern kamen. Rund 50 der 192 Mitgliedstaaten nahmen an der Konferenz überhaupt nicht teil. Österreich war durch Staatssekretär Reinhold Lopatka vertreten.

Aus der Arbeit der WFUNA

39. WFUNA-Plenarversammlung in Seoul, Republik Korea

Die 39. Plenarversammlung des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA) wird auf Einladung der koreanischen UNO-Gesellschaft vom 10. – 12. August 2009 in Seoul, Republik Korea, abgehalten. Die letzte Plenarversammlung hatte im November 2006 in Buenos Aires stattgefunden. Der Vorstand der ÖGAVN hat beschlossen, seinen WFUNA-Referenten, Dr. Axel Wüstenhagen, zur Teilnahme an dieser Tagung zu entsenden.

Zur Eröffnung der Plenarversammlung werden WFUNA-Präsident Dr. Hans Blix, der koreanische Außenminister Yu Myung-hwan und UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sprechen. Die politischen Schwerpunktthemen der Tagung sind die Millenniums-Entwicklungsziele und der Klimawandel, Abrüstung und der Atomsperrvertrag, Menschenrechte sowie UNO-Reform. Zum Abschluss soll die Tagung eine „Erklärung von Seoul“ und verschiedene Resolutionen verabschieden.

Auf der Tagesordnung steht auch die Aufnahme neuer Mitglieder der WFUNA. Neu (oder wieder) aufgenommen werden sollen die UNO-Gesellschaften aus Côte d'Ivoire, Kolumbien, Kroatien, Marokko, Montenegro, Portugal, Rwanda und Togo. Auch das Amt des/der PräsidentIn und des/der GeneralsekretärIn müssen neu besetzt werden, da sowohl Dr. Hans Blix als Präsident und Pera Wells (Kanada) als Generalsekretärin aus ihren Funktionen ausscheiden. Darüber hinaus müssen auch drei Vizepräsidenten, neun Mitglieder des Exekutivkomitees, sowie der Schatzmeister der WFUNA neu gewählt werden.

Ein „neuer Frühling“ für die Abrüstungsbemühungen

„Nach dem Ende des kalten Krieges, zu Beginn der 90er Jahre, waren die Abrüstungsbemühungen sehr erfolgreich. Aber Mitte der 90er Jahre kam dieser Prozess zu einem Stillstand und seither fiel das Thema Abrüstung in einen Dornröschenschlaf – oder noch schlimmer: wir erlebten einen Rückschlag in ein neues Wettrüsten“, erklärte WFUNA-Präsident Dr. Hans Blix in einer Videobotschaft an die Konferenz der „Bürgermeister für den Frieden“, am 5. Mai in New York. Aber jetzt, im Frühjahr 2009, erleben wir einen neuen Frühling für die Abrüstungsbemühungen und sollten diese Chance ergreifen. „Wir spüren, dass sich jetzt eine Gelegenheit für einen echten Frieden nach dem Ende des kalten Krieges bietet – eine Gelegenheit, die zu ergreifen wir Mitte der 90er Jahre versäumt haben. Als Träger der öffentlichen Meinung müssen wir jetzt aufstehen und unsere Regierungen dazu drängen, neue Abrüstungsabkommen abzuschließen“, sagte Blix.

Die UNO-Gesellschaft des Monats: UNA-Portugal

Der Newsletter des Weltverbandes der UNO-Gesellschaften (WFUNA) – „UN Connections“ – stellt in seiner Juni-Ausgabe eines der jüngsten Mitglieder des Weltverbandes - die UNA-Portugal - als UNO-Gesellschaft des Monats vor. 2007 von einer Gruppe von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen gegründet, bekennt sich die UNA-Portugal zu den Grundsätzen und Werten der UNO-Charta. Ihre ersten Schritte galten dem Aufbau ihrer institutionellen Infrastruktur, der Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis und dem Ausbau der Partnerschaften mit wichtigen Entscheidungsträgern. Die Ausarbeitung ihrer politischen und sozialen Zielsetzungen standen ebenfalls am Beginn der Tätigkeit der neuen UNA. Das Ergebnis dieser Bemühungen war vielversprechend: UNA-Portugal hat jetzt neben einem Hauptbüro 11 weitere Büros in allen Teilen des Landes, 47 angeschlossene NGO-Partner und bereits mehr als 500 Einzelmitglieder. Die UNA hat einen NGO- und einen Wirtschaftsbeirat. Zwei Arbeitsgruppen unterstützen die Tätigkeit des Vorstandes.

(Weitere Informationen über die WFUNA finden Sie auf <http://www.wfuna.org>.)

Personalia

Ali Abdussalam Treki (Libyen) zum Präsidenten der 64. UNO-Generalversammlung gewählt

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 10. Juni 2009 den Minister für Angelegenheiten der Afrikanischen Union und ehemaligen Außenminister Libyens, Ali Abdussalam Treki, zum Präsidenten ihrer 64. Jahrestagung gewählt, die am 15. September in New York eröffnet wird. Treki war bereits dreimal Ständiger Vertreter Libyens bei den Vereinten Nationen. Nach seiner mit Akklamation erfolgten Wahl sagte Treki, er werde sich keiner Partei oder Gruppe verpflichtet fühlen, sondern nur der Sache der Gerechtigkeit, der Sicherheit und des Friedens und dem gemeinsamen Interesse der internationalen Staatengemeinschaft. Als vorrangige Anliegen nannte Treki die Reform der Vereinten Nationen – insbesondere des

Sicherheitsrates, sowie die Revitalisierung der Generalversammlung. Dies sei notwendig, denn die Kluft zwischen arm und reich werde immer größer und die Großmächte hätten kein gutes Beispiel zur Entmilitarisierung – etwa durch den Abbau ihrer Massenvernichtungswaffen – gegeben. Klimawandel, die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele stünden ebenso an der Spitze seiner Tagesordnung wie die volle Verwirklichung der Menschenrechte, sagte Treki.

Früherer US-Präsident Clinton wird UNO-Sonderbeauftragter für Haiti

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat am 19. Mai 2009 den früheren amerikanischen Präsidenten William J. Clinton zu seinem Sonderbeauftragten für Haiti ernannt. Clinton hatte bereits im September 2008 eine persönliche globale Initiative für Haiti ins Leben gerufen und den Generalsekretär im März auf dessen Reise nach Haiti begleitet, um weltweit auf den Hilfsbedarf des Karibikstaates aufmerksam zu machen. Als UNO-Sonderbeauftragter soll Clinton dabei helfen, ein gross angelegtes soziales und wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm für Haiti auf die Beine zu stellen, neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und den Geberländern mobilisieren und lokale Kapazitäten stärken, die zu einer stabileren Zukunft Haitis beitragen sollen. Präsident Clinton war bereits 2004 als UNO-Sonderbeauftragter für den Wiederaufbau nach der Tsunamikatastrophe im Indischen Ozean tätig.

Kandeh Yumkella (Sierra Leone) für zweite Amtszeit als UNIDO-Generaldirektor nominiert

Der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, Kandeh K. Yumkella (Sierra Leone) wurde am 23. Juni vom Rat für industrielle Entwicklung für eine zweite Amtszeit in dieser Funktion nominiert. Die endgültige Entscheidung darüber wird die UNIDO-Generalkonferenz im Dezember treffen. In den späten 90er Jahren sei die UNIDO vor ernststen finanziellen Problemen gestanden, die sogar ihre weitere Existenz in Frage gestellt hätten, betonte Yumkella nach dieser Empfehlung. Jetzt sei die Organisation wieder auf der Überholspur und setze sich weltweit mit aller Kraft dafür ein, Länder durch industrielle Entwicklung aus der Armut zu führen. Am 17. Juni hatte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den UNIDO-General zum Vorsitzenden einer hochrangigen Beratergruppe von Wirtschaftsführern und Experten ernannt, die sich mit den Herausforderungen der Energiefragen und des Klimawandels befassen soll.

Franz Baumann (Deutschland) neuer Beigeordneter Generalsekretär für die Generalversammlung und Konferenzmanagement

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat Mitte Mai den Deutschen Franz Baumann zum Beigeordneten Generalsekretär für die Generalversammlung und Konferenzmanagement ernannt. Baumann war seit 2002 Verwaltungsdirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV) und des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC). Baumann hat für das Europäische Parlament in Luxemburg, die Europäische Kommission in Brüssel und für Siemens in München gearbeitet, bevor er 1980 seine Karriere bei den Vereinten Nationen als Beigeordneter Sachverständiger für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Nigeria begann. 1985 wurde er Verwaltungsreferent in der Hauptabteilung Management am Sitz der Vereinten Nationen in New York. Danach war er in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, im Exekutivbüro des Generalsekretärs und in der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement tätig.

Sevil Atasoy (Türkei) zur Präsidentin des Internationalen Suchtstoff-Kontrollrates gewählt

Am 14. Mai wurde die türkische Professorin für Biochemie und forensische Wissenschaften, Sevil Atasoy, zur Präsidentin des Internationalen Suchtstoff-Kontrollrates (INCB) gewählt. Atasoy gehört dem Rat seit 2005 an. Als Gründerin der Türkischen Zeitschrift für Rechtsmedizin und Autorin von mehr als 130 wissenschaftlichen Beiträgen über Suchtstofffragen sowie als Präsidentin des Zentrums für Verbrechenskontrolle und -verhütung in Istanbul erwarb Frau Atasoy bald internationalen Ruf als anerkannte Drogenexpertin. Sie ist die erste Frau an der Spitze des INCB seit der seinerzeitigen US-amerikanischen Diplomatin Betty Gough, die 1985, 1986 und 1990 an der Spitze des Internationalen Suchtstoff-Kontrollrates stand.

UN-Publikationen

Weltdrogenbericht 2009 unterstreicht Zusammenhänge zwischen Drogen und Kriminalität

Am 24. Juni wurde der Weltdrogenbericht 2009 vom Wiener Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veröffentlicht. Er zeigt, dass die globalen Märkte für Kokain, Opiate und

Cannabis stagnieren oder schrumpfen, während Produktion und Konsum synthetischer Drogen in den Entwicklungs- und Schwellenländern steigen könnten.

In Afghanistan, das 93 Prozent des weltweiten Opiumangebots erzeugt, ging der Schlafmohnanbau 2008 um 19 Prozent zurück. In Kolumbien, das die Hälfte des globalen Kokainvolumens produziert, sank der Anbau um 18 Prozent und die Produktion, verglichen mit 2007, sogar um 28 Prozent. Die globale Kokaproduktion befindet sich mit 845 Tonnen auf einem Fünfjahrestief. Cannabis bleibt die am häufigsten angebaute und konsumierte Droge weltweit. Bei den synthetischen Drogen – Amphetamine, Methamphetamine und Ecstasy – hat sich der Konsum in den Industrieländern stabilisiert. In den Entwicklungs- und Schwellenländern könnten Produktion und Konsum jedoch steigen. Labors von Fabrikgröße in Südostasien produzieren gewaltige Mengen an Methamphetamintabletten, Crystal Meth und anderen Substanzen wie Ketamin. Einige Länder der Europäischen Union sind Hauptlieferanten von Ecstasy; Kanada hat sich zu einem wichtigen Umschlagplatz für Crystal Meth und Ecstasy entwickelt.

„Der 50 Milliarden Dollar schwere globale Kokainmarkt erlebt Veränderungen seismischen Ausmaßes“, betont UNODC-Exekutivdirektor Antonio Maria Costa. „Reinheitsgrad und Beschlagnahmungen sind zurückgegangen, die Preise gestiegen und die Konsummuster im Wandel begriffen. Das könnte den erschreckenden Anstieg von Gewalt in Ländern wie Mexiko erklären. In Mittelamerika kämpfen Kartelle um einen schrumpfenden Markt. In Westafrika scheint nach fünf Jahren raschen Wachstums der Kokainfluss wieder abzunehmen, doch mit der Drogenkriminalität verbundene Gewalt und politische Instabilität bestehen fort.“

Besondere Aufmerksamkeit schenkt der Bericht den Folgen der Drogenkriminalität und den dagegen zu ergreifenden Maßnahmen. Costa zur Debatte über die Aufhebung von Drogenkontrollen: Diese hätten zwar einen illegalen Schwarzmarkt von makroökonomischen Ausmaßen geschaffen, in dem Gewalt und Korruption an der Tagesordnung seien; doch in der Legalisierung von Drogen einen Weg zur Beseitigung dieser Bedrohung zu sehen, wäre ein „historischer Fehler“. „Illegale Drogen gefährden die Gesundheit, darum müssen Drogen jetzt und in Zukunft kontrolliert werden“, so der UNODC-Direktor.

Der Bericht enthält schließlich eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Drogenkontrolle. Der Drogenmissbrauch müsse wie eine Krankheit behandelt werden. „Menschen, die Drogen nehmen, brauchen medizinische Hilfe, keine Bestrafung“, sagte Costa. Die Regierungen müssten die internationalen Abkommen gegen die organisierte Kriminalität auch umsetzen. Auch die heute verfügbaren Mittel zur Bekämpfung von Geldwäsche und Internet-Kriminalität seien unzureichend. Schließlich bedürfe es größerer Effektivität in der Strafverfolgung. (UNIS, 24. Juni 2009)

UN-Kalender (Juli – August 2009)

Tagungen und Konferenzen

- 06. – 31.7.09 Wirtschafts- und Sozialrat (Genf)
- 06.7. – 07.8.09 Völkerrechtskommission (Genf)
- 13. – 31.7.09 Menschenrechtsausschuss (Genf)
- 03. – 21.8.09 Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Genf)

Internationale Tage

- 1. Samstag
im Juli Internationaler Tag der Genossenschaften
- 11.7.09 Weltbevölkerungstag
- 09.8.08 Internationaler Tag der indigenen Bevölkerungsgruppen der Welt
- 12.8.09 Internationaler Tag der Jugend
- 23.8.09 Internationaler Tag des Gedenkens an den Sklavenhandel und seine Abschaffung

Offenlegung gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, (ZVR 469512554). Präsident: Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Für den Inhalt verantwortlicher Redakteur: Dr. Axel Wüstenhagen. Büro: 1010 Wien, Hofburg/Schweizerhof/Brunnenstiege. Tel.: +43/664/233 32 72. E-Mail: una.austria@afa.at. Grundlegende Richtung: Der Newsletter informiert über Aktivitäten und Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen sowie ihres internationalen Dachverbandes, der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe: 26. Juni 2009.